

21.03.2022

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme, Verteilung und Registrierung der Geflüchteten aus der Ukraine entlasten!

Am 18.3.2022 titelt der Kölner Stadtanzeiger in „Köln fehlen tausende Plätze für Geflüchtete. Jeden Tag kommen 500 bis 600 Menschen aus der Ukraine in der Stadt an – Unterkünfte sind belegt“. Die Stadt hat bisher 2800 Personen untergebracht¹. In Aachen sieht die Lage ähnlich aus. Bereits eine Woche nach Beginn des Krieges in der Ukraine waren sämtliche 450 Plätze, die es in den Übergangwohnheimen als Reserve gab, belegt. Seither hat die Stadt 5 weitere Notunterkünfte aus dem Boden gestampft. Darunter 2 Turnhallen und Hotels².

Die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Bochum musste wegen Überlastung bereits wenige Tage nach Ankunft der ersten Geflüchteten die Aufnahme von Geflüchteten schließen.

In Düsseldorf haben sich bereits 5000 Geflüchtete aus der Ukraine gemeldet. 1500 von ihnen sind in der Messehalle untergebracht, 2300 in kommunalen Unterkünften. Es kommen noch weitere hinzu, deren Zahl aufgrund der Visafreiheit der einreisenden Ukrainer, unbekannt ist. Die Stadt bereitet bereits eine zweite Messehalle vor³. Am Sonntag hat sie ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Sie hat den Kreis Kleve um die Aufnahme von 100 Geflüchteten gebeten, weil in Düsseldorf kein Platz mehr ist⁴.

Weitere Kommunen wie z.B. Münster und Dortmund haben bereits vor mehreren Tagen einen Aufnahmestopp verhängt⁵.

Nach Schätzungen des Ministeriums für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration seien mit Stand 17. März rund 30.000 Menschen aus der Ukraine in Nordrhein-Westfalen angekommen. Davon befänden sich 22.000 Geflüchtete in den Kommunen sowie 8.000 Menschen in Landeseinrichtungen. Nach vorläufigen Erkenntnissen seien 149 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus der Ukraine nach NRW eingereist. Auch hier liegen die Zahlen wahrscheinlich noch höher⁶.

¹ Kölner Stadt-Anzeiger, 18.3.2022, Seiten 2-6

² Aachener Nachrichten, 18.3.2022, Seite 13

³ Rheinische Post, 18.3.2022, Seite 18

⁴ Rheinische Post, 20.3.2022

⁵ WAZ, 12.3.2022

⁶ WDR, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/zahlen-ukrainische-fluechtlinge-in-nrw-100.html>, Stand 17.3.2022

Davon und von weiter steigenden Zahlen geht auch der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Christof Sommer aus. Die Lage in den Kommunen spitze sich weiter zu⁷. Sie seien sich zwar einig: sie können auf Erfahrungen von 2015/16 zurückgreifen. Allerdings sei die Situation doch eine ganz andere. Dass nun überwiegend Frauen und Kinder versorgt werden müssen, stellt alle Beteiligten vor völlig neue Herausforderungen. In Messehallen, Turnhallen oder Zelten können Frauen und Kinder sowie ältere Menschen nicht auf Dauer untergebracht werden⁸.

In einem Schreiben des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen an die Bezirksregierungen des Landes vom 17. März 2022, fordert die Landesregierung die Kommunen auf, sich auf eine weiter steigende Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine einzustellen und kurzfristig weitere Unterbringungskapazitäten in allen Kommunen zu schaffen. Diese Aufgabe müsse mit höchster Priorität bearbeitet werden, zumal die Aufnahme und Unterbringung von Personen, die unter den sogenannten „vorübergehenden Schutzmechanismus“ der EU-Richtlinie 2001/55/EG fallen, zuvorderst eine kommunale Aufgabe darstelle. Alle Kommunen sollen sich darauf vorbereiten, ihren Aufnahmeverpflichtungen aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW (FlüAG) nachkommen zu können.

Das Land wolle die Kommunen weiter unterstützen. Sie hat die Bezirksregierungen angewiesen, bis zum 30. März 2022 jeweils 5000 zusätzliche Unterbringungsplätze des Landes zu schaffen. Diese sollen als sogenannten „Puffereinrichtungen“ dienen, um Geflüchtete unterzubringen bevor sie an die Kommunen weitergeleitet werden.

Mit diesem Schreiben vom 17. März 2022 hat die Landesregierung nun schriftlich ihre Verantwortung zur Aufnahme, Registrierung und Verteilung der Geflüchteten Frauen und Kinder aus der Ukraine an die Kommunen abgegeben. Die Kommunen werden vom Land im Stich gelassen, obwohl sie vom ersten Tag Geflüchtete willkommen geheißen haben. Sie tragen seither die Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme und werden dies laut dem Schreiben des Ministeriums auch weiterhin tun müssen. Keine der Kommunen in NRW verweigert sich der Aufnahme von Geflüchteten. Ganz im Gegenteil. Die Aufnahmebereitschaft in den Kommunen und in der Bevölkerung ist so groß wie lange nicht mehr.

Allerdings sind die Kommunen auf Unterstützung vom Land bei der Aufnahme, Verteilung und Registrierung angewiesen. Diese Forderung haben Städte und Kommunen in den letzten Tagen und Wochen mehrfach an die Landesregierung gerichtet. U.a. forderte der Städtetag die Landesregierung auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Geflüchteten besser auf weniger belastete Städte und Gemeinden im Land verteilen zu können⁹. Auch laut dem Städte- und Gemeindebund NRW erfolgt die Ankunft der Geflüchteten bisher eher nach dem Zufallsprinzip, z.B. je nachdem wie gut die Verkehrsanbindung einer Stadt ist¹⁰. Außerdem seien die Kommunen für die Registrierung der Geflüchteten weder personell noch technisch ausreichend ausgestattet. Hier stehe das Land in der Pflicht, eine effektive dezentrale Erfassung der Geflüchteten zu organisieren.

Das Land zeigt in diesen Punkten aber entweder in Richtung Bundesregierung oder verweist auf die Eigenverantwortung der Kommunen.

⁷ Statement Städte- und Gemeindebund, 18.3.2022

⁸ Aachener Nachrichten, 18.3.2022, Seite 13

⁹ Rheinische Post, 18.3.2022

¹⁰ Statement Städte- und Gemeindebund, 18.3.2022

Die Zusage von 5000 zusätzlichen Plätzen in Landesunterkünften pro Bezirksregierung bis zum Ende des Monats März, obwohl Städte- und Kommunen bereits Kapazitätsgrenzen melden und Aufnahmestopps verhängen, kommt nicht mal einer Minimalunterstützung gleich. Das sind gerade einmal 63 Plätze pro Kommune und wird den bereits heute bekannten Zahlen Schutzsuchender in NRW nicht im geringsten gerecht. Zudem bleiben die Kommunen nach wie vor auf den Kosten sitzen, obwohl Ministerpräsident Wüst diese finanzielle Unterstützung zugesichert hatte.

Städte und Kommunen brauchen jetzt dringend organisatorische Unterstützung bei der Aufnahme, Verteilung und Registrierung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine wie die Beispiele aus Köln, Düsseldorf, Aachen und viele andere, zeigen. Sie brauchen außerdem eine finanzielle Absicherung von Seiten des Landes.

Schon jetzt ist klar: NRW wird auch nach dem Königsteiner Schlüssel u.a. aufgrund seiner Größe, den größten Teil der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben werden, aufnehmen müssen. Dafür muss die Landesregierung jetzt die Voraussetzungen schaffen und Verantwortung übernehmen!

Es besteht ein dringendes öffentliches Interesse, dass die Landesregierung dem Landtag erklärt, wie sie angesichts der sich täglich zuspitzenden Lage weiter vorgehen will.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp

und Fraktion